

Verliert das MAZ eine halbe Million an Beiträgen?

**Einzelne Kantone prüfen, das MAZ von der Liste jener Bildungsinstitute zu streichen, für welche Studiengelder bezahlt werden. Dem MAZ droht ein hoher Ausfall.
Von Philipp Cueni**

Dem MAZ droht der Verlust einiger Hunderttausend Franken an Einnahmen. Bisher hat es von den Wohnkantonen seiner Studierenden bis zu einer halben Million pro Jahr an Studiengeldern erhalten. Gut möglich, dass dies ab 2009 deutlich weniger sein wird. Zürich und Bern, die beiden grossen Kantone mit entsprechend vielen MAZ-Absolventen machen Anstalten, diese Zahlungen einzustellen. Sie wollen das MAZ nicht mehr auf die Liste «Zahlungsbereitschaft» nehmen. Aber nur jene Bildungseinrichtungen können Studiengelder beziehen, welche auf der Liste aufgeführt sind. Zwar hat die Bildungsdirektoren-Konferenz der Nordwestschweiz eben das neue regionale Schulabkommen verabschiedet, und dort beispielsweise ist das MAZ auf der entsprechenden Liste aufgeführt. Aber ausgerechnet Zürich und Bern, die an verschiedenen interkantonalen Schulabkommen beteiligt sind, haben ins Abkommen einen entsprechenden Vorbehalt definiert.

Der mögliche Rückzieher von Zürich und Bern gegenüber dem MAZ hat nichts mit der Beurteilung des MAZ oder dessen Qualität zu tun. Hintergrund für diese Politik der Kantone ist die sich neu formierende bildungspolitische Landschaft Schweiz. Klar ist, dass die Fachhochschulen mit öffentlich-rechtlicher Trägerschaft per Gesetz Anspruch auf Bundesbeiträge erhalten. Alle anderen Bildungseinrichtungen inklusive höhere Fachschulen sind auf Beiträge der Kantone angewiesen, wenn sie Gelder der öffentlichen Hand beanspruchen wollen. Jetzt befürchten die Kantone, dass der Anspruch von Institutionen aus dem Berufsbildungsbereich insgesamt finanziell zu hoch wird. Die bildungspolitische Offensive, verbunden mit einer gewissen Euphorie, ist zwar allseits akzeptiert. Die damit ausgelösten finanziellen Ansprüche sind damit aber nicht automatisch anerkannt. Und nach dem

Noch-Nicht-Zustandekommen des interkantonalen Abkommens dieses Jahr haben die Kantone ihre Beitragspolitik an die Bildungsinstitutionen grundsätzlich überprüft und eine zurückhaltende Politik entwickelt.

Diese vorsichtige bis restriktive Haltung der Kantone wird sicher solange andauern, als keine interkantonale Schul-Vereinbarung auf nationaler Ebene zustande kommt. Das MAZ muss also versuchen, einzelne Kantone zu überzeugen, seine Schule «finanztechnisch» zu anerkennen. Dabei spielt es rechtlich keine Rolle, wie sich das MAZ konstituiert, ob es also als «Höhere Fachschule» gilt oder ein eidgenössisches Berufsdiplom anbietet. Anders wäre es, sollte das MAZ zu einer Fachhochschule werden. «Das macht keinen Sinn», sagt die MAZ-Direktorin Sylvia Egli von Matt. «Das gibt es im Kommunikationsbereich bereits. Das MAZ ist aber anders positioniert und besetzt eine Nische, die erfolgreich ist mit seinem ganz klar auf Journalismus ausgerichteten Angebot. Das müssten wir als Fachhochschule so ändern, dass es für die Bedürfnisse unserer Studierenden und die Bedürfnisse der Branche wiederum keinen Sinn macht. Zum Beispiel bei der Studiendauer, bei der Art der Berufsbegleitung, bei der Art des Auswahlverfahrens, usw.» Egli von Matt weist auch klar zurück, das MAZ hätte es verpasst, sich in die neue bildungspolitische Landschaft zu integrieren. Solche kritischen Fragen werden in der bildungspolitischen Szene da und dort formuliert. «Im Gegenteil: Wir sind ganz klar positioniert. Wir setzen strategisch auf Kooperationen mit Universitäten und Fachhochschulen. Wir sind ins Bologna-System integriert, entsprechend kann man bei uns ETC-Punkte holen und ist die MAZ-Ausbildung anschlussfähig», so die MAZ-Direktorin.

Das MAZ verhandelt weiter. Nicht betroffen übrigens sind die BAKOM-Gel-

der, welche spezifisch für den Bereich «Ausbildung Radio-/TV» gesprochen werden. Falls die Journalistenschule von einzelnen Kantonen definitiv höhere Einnahmeverluste hinnehmen muss, setzt sie alles daran ihr Bildungsangebot nicht abbauen zu müssen. «Wir werden den profitablen Bereich «Kommunikation» ausbauen, prüfen die Studiengänge verdichteter zu gestalten und allenfalls weitere Drittmittel suchen», sagt die MAZ-Direktorin. ◀